

SGB- Medienkonferenz vom 26. August 2011

Lohnforderungen des vpod

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin vpod-ssp, Nationalrätin Grüne

Seit Jahren ist der Service Public einem Dauerangriff ausgesetzt und hat drastische Sparprogramme zu verkraften. Betroffen ist das Personal, das keine generellen Lohnerhöhungen erhält und mit immer weniger Personal immer mehr Leistungen übernehmen muss. Betroffen ist aber auch die Bevölkerung, die vom öffentlichen Dienst weniger Leistung zu schlechterer Qualität erhält. Der vpod fordert deshalb Stopp der kontraproduktiven Sparerei, dafür Investitionen in den Service Public. Es braucht mehr Personal und eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2 – 3% für alle. Mit Milliarden-Überschüssen bei Bund, Kantonen und Gemeinden ist der nötige Spielraum vorhanden!

Für den Service Public gelten andere Spielregeln. Die Anstellungsverhältnisse sind im öffentlichen Recht geregelt mit den jeweiligen Personalgesetzen und -verordnungen – ausgehandelt durch Sozialpartnerschaft und Politik. Somit präsentiert sich die Situation beim Bund, in den einzelnen Kantonen, Städten und Gemeinden je anders. Verschiedene salärwirksame Punkte sind gesetzlich geregelt und müssen nicht jährlich neu verhandelt werden. So hat bspw. die Stadt Basel den automatischen Stufenanstieg und die Stadt Zürich den Teuerungsausgleich festgeschrieben. Das heisst aber auch, dass die Forderungen vor Ort unterschiedlich sind.

Der öffentliche Dienst kennt keine Lohnexzesse und exorbitanten Managerlöhne, wie sie die Privatwirtschaft für sich herausnimmt und zahlt in den Tieflohnbereichen anständige Löhne. Die Lohnschere hat sich nicht weiter geöffnet. Das ist das Verdienst des vpod und anderer Gewerkschaften. Eine offene und transparente Lohnskala mit klaren Kriterien, reguliert und gesteuert durch die SozialpartnerInnen und die Politik.

Dies ändert, sobald ein Verwaltungsbetrieb privatisiert wird: Die Saläre der Chefs steigen sofort!

Seit Jahren ist der Service Public einem Dauerangriff ausgesetzt. Auf Druck der Bürgerlichen wurden beim Bund, in vielen Kantonen und Gemeinden zuerst Steuern für Unternehmen und Reiche gesenkt, um dann aufgrund von Steuerausfällen in der Verwaltung sparen zu können. Es müsse effizienter und kostengünstiger gearbeitet werden, wird verlangt und Vorschläge wie eine generelle Senkung des Verwaltungsaufwands um 10% kommen auf den Tisch. Gleichzeitig werden dem Service Public mit politischen Vorstössen mehr Aufgaben zugeschanzt, ohne mehr Personal zu bewilligen. Um Defizite zu reduzieren oder verhindern, wurden immer wieder Sparpakete durchgedrückt, obwohl die Rechnung oft besser abschnitt als budgetiert. Beim Bund war das schon fast notorisch und auch die Hochrechnung 2011 zeigt einen Überschuss von 2,5 Milliarden statt dem budgetierten Defizit von 0,6 Milliarden. Fazit ist, dass in den letzten Jahren in allen Bereichen der Verwaltung viel gespart wurde. Die Betroffenen sind in erster Linie das Personal.

Konkret heisst das, dass der Lohntopf für generelle Lohnerhöhungen nicht gereicht hat und je nachdem Stufenanstiege oder der Teuerungsausgleich nicht ausbezahlt wurden, sondern nur Beförderungen von Bestqualifizierten. Zudem wurden Stellenpläne ausgedünnt, bzw. abgebaut, so dass immer weniger Leute immer mehr Arbeit übernehmen und der Stress enorm zugenommen hat.

Die Sparerei hat sich nicht gelohnt!

Am deutlichsten sichtbar sind die negativen Folgen im Gesundheits- und Bildungswesen. Der Druck hat BewerberInnen abgeschreckt. Auf Stellenausschreibungen finden sich keine Leute oder nur Unterqualifizierte, bzw. nicht richtig oder mit einer Schnellbleiche Ausgebildete. Weniger Erfahrung oder Fachbildung vorweisen zu können, hat aber keine Auswirkungen auf ihren Lohn: Ist er nicht so hoch wie bspw. der von topausgebildeten LehrerInnen, kommen die BewerberInnen nicht. Und es gibt Spitäler, die sowohl beim Pflegepersonal wie bei den ÄrztInnen auf eine Ausschreibung keine einzige Bewerbung erhalten! Haben sie eine Handvoll, sind 90% aus dem Ausland; mit dabei sind auch Leute ohne Deutschkenntnisse. Speziell schlimm ist die Situation in der Psychiatrie. Aber auch andere Abteilungen wie bspw. im öffentlichen Verkehr sind betroffen und rekrutieren mittlerweile in Deutschland.

Der vpod weiss von Verwaltungsabteilungen oder Betrieben mit akutem Personalmangel. Das gefährdet drastisch die Qualität des Service Public, speziell im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Betroffen ist die Bevölkerung, denn die Leistungen des öffentlichen Dienstes sind Leistungen für die Bevölkerung.

Forderungen des vpod

- Stopp dem Dauerangriff auf den Service Public mit seiner kontraproduktiven Sparerei! Gerade in Krisenzeiten – speziell mit der jetzigen Überbewertung des Frankens – bewirken Investitionen in den öffentlichen Dienst eine Stärkung der Inlandnachfrage. Zudem wird die Qualität der Leistungen zugunsten der Bevölkerung gesichert.
- Eine generelle Lohnerhöhung von mindestens 2 – 3% für alle MitarbeiterInnen – nicht nur für einige Wenige via Beförderungen. Es ist ein grosser Nachholbedarf und gleichzeitig der nötige Spielraum vorhanden, denn Bund, Kantone und Gemeinden werden im laufenden Jahr Milliarden-Überschüsse ausweisen.
- Beibehaltung der Mechanismen der Lohnsysteme wie automatischer Stufenanstieg und Teuerungsausgleich und damit kein individualisierender Leistungslohn, der nicht leistungserhöhend ist und nur Missgunst fördert.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Stressabbau, Einhaltung der Ruhezeiten, Bezahlung der Überzeit, Wertschätzung etc. und genügend qualifiziertes Personal.